

Viel Wirbel um die Windkraft

Borchen: Investoren klagen vor Gericht

Borchen (per). Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Borchen steht vor einer Zerreißprobe. Windkraftinvestoren torpedieren die aktuell geltende Höhenbegrenzung von 100 Metern und haben den Bau von doppelt so hohen Anlagen beantragt. Ein Investor klagt derzeit vor dem Verwaltungsgericht Minden gegen die Restriktionen.

Derzeit liegen dem Kreis Paderborn als Genehmigungsbehörde vier Anträge für die Errichtung von insgesamt 19 Windrädern vor. Zudem haben zwei Investoren, die auf dem Gebiet der Gemeinde Borchen eine kleine Anlage durch eine große ersetzen wollen (»Repowering«), im August vergangenen Jahres Klage gegen einen abgelehnten Bescheid des Kreises Paderborn vor dem Verwaltungsgericht Minden eingereicht. Bürgermeister Reiner Allerdissen sieht der Offensive der Windkraftbetreiber relativ gelassen entgegen. »Wir haben eine sehr renommierte Anwaltskanzlei in Münster mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Und darin wird zweifelsfrei attestiert, dass 100-Meter-Anlagen sehr rentabel betrieben werden können.« Er sehe

die Gemeinde weder in der Pflicht noch in dem Zwang, beim Flächennutzungsplan nachzubessern.

Allerdings sei sich Allerdissen bewusst, dass das Verwaltungsgericht Minden seiner Auffassung einen Strich durch die Rechnung machen könnte. »Eine Option ist, dass dort eine Einzelfallentscheidung getroffen wird. Es ist aber auch das Szenario möglich, dass das Gericht unseren Flächennutzungsplan als Ganzes unter die Lupe nimmt. Und sollte es dazu kommen, dass er wie seinerzeit auch in Büren gekippt wird, hat dies zur Folge, dass die Windkraftinvestoren den Anspruch haben, sofort mit dem Bau ihrer Anlagen loszulegen. Andernfalls könnten wir uns schadensersatzpflichtig machen.«

Reiner Allerdissen ist sich sicher, dass der Ausgang der laufenden Gerichtsverhandlung symbolische Strahlkraft entwickeln werde – sowohl in die eine als auch in die andere Richtung: »Wenn die Kläger den Prozess verlieren, und davon gehe ich aus, wird das sicherlich Signalkraft auf die anderen Windkraftinvestoren auslösen. Sollten wir als Gemeinde jedoch als Verlierer aus der



Reiner Allerdissen

Sache hervorgehen, kündige ich schon jetzt an, dass wir in die nächste Instanz gehen«, betont Bürgermeister Allerdissen. Mit einem Urteil rechnet er bis Ende des Jahres.